

## GRÜN FÜR DEN KREIS – ES IST ZEIT

### **WAS WIR WOLLEN: Unser Programm zur Kreistagswahl**

#### **Stadt, Land, Fluss**

Wir Bündnisgrünen im südlichen Vorpommern wollen, dass der neue Großkreis sich mit all seinen Teilregionen demokratisch entwickelt. Die Anliegen und Bedürfnisse der Bürger\_innen stehen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Wir wollen eine Politik „von unten nach oben“ ermöglichen und so zu einer Verbesserung der politischen Kultur in unserer Region beitragen.

Die Verwaltung soll im Großkreis den Bürger\_innen entgegenkommen und ihrem Beratungsauftrag aktiv nachkommen. Uns liegt viel daran, dass jede\_r die nötige Infrastruktur zum Leben vorfindet, egal ob sie/er in der Stadt oder auf dem Lande lebt. Wir wollen erreichen, dass alle Teile Vorpommerns zusammen entscheiden, was für unsere Region wichtig ist, und dabei die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbar\_innen in den Bereichen Bildung, Kultur, Verkehr und Wirtschaft ausbauen. Alle unsere Kandidat\_innen denken und handeln im Interesse des gesamten Kreises, statt nur Spezialinteressen einiger Weniger zu verfolgen.

*Die Natur in unserem neuen Kreis ist einzigartig. Wir wollen bei allen Entwicklungen dafür Sorge tragen, dass sie auch den nachfolgenden Generationen erhalten bleibt.*

<b><i>Bildung ist der Schlüssel der Zukunft</i></b>	<b>2</b>
<b><i>Regionale Entwicklung: Mehr Demokratie ist machbar</i></b>	<b>3</b>
<b><i>Was der Mensch so braucht</i></b>	<b>4</b>
<b><i>Energiewende vor Ort umsetzen</i></b>	<b>6</b>
<b><i>Nachhaltige Landwirtschaft für ein gesundes Leben</i></b>	<b>7</b>
<b><i>Für einen Tourismus im Einklang mit der Natur</i></b>	<b>8</b>
<b><i>Mobilität in der Region für alle</i></b>	<b>9</b>

## **Bildung ist der Schlüssel der Zukunft**

Wir wollen eine umfassende Bildung für alle. Bündnisgrüne Bildungspolitik denkt über die engen Grenzen von Institutionen hinaus und möchte alle Menschen auf ein aktives und sinnvolles Mitwirken in der Gesellschaft vorbereiten, wo andere nur vermeintliche Kosten sehen wollen.

Für Kinder und Jugendliche gilt das Prinzip „Kurze Wege für kurze Beine“. Wir wollen die Schulstandorte im Kreis sichern und den Schulen Anreize geben, sich zu verbessern. Wer gemeinsam mit Schüler\_innen, Lehrer\_innen und Eltern neue Modelle der Pädagogik erproben will, soll darin nicht gebremst, sondern gestärkt werden. Eine schrittweise Erweiterung der schulischen Autonomie und die Zurückdrängung manches bürokratischen Vorganges können dazu beitragen, dass sich immer mehr Schulen an den Bedürfnissen der Schüler\_innen orientieren.

Unsere Bildungspolitik orientiert sich an individueller Förderung und verzichtet auf frühes Aussortieren. Wir wollen Motivationsanreize schaffen und so erreichen, dass alle ihre vorhandenen Potentiale besser ausschöpfen können. Wir wollen die Schulen des Kreises bei der Umstellung auf inklusive pädagogische Modelle unterstützen. Wo alle Schüler\_innen gemeinsam in *einer Schule für alle* lernen, ist das Schulnetz dichter. Wir wollen Schulen eröffnen, statt über Schließungen nachzudenken. Die Schulen in freier Trägerschaft sollen in der Schulnetzplanung des Kreises berücksichtigt werden. Anstelle von Konkurrenzdenken ist der Beitrag der freien Träger zur Qualität und Weiterentwicklung pädagogischer Formen anzuerkennen.

Die Planung von Schulnetz, Schüler\_innenbeförderung und Öffentlichem Personenverkehr soll nach unseren Vorstellungen gemeinsam erfolgen. So können unter Einbeziehung aller Verkehrsträger und durch Orientierung an den Entwicklungsachsen sowohl kürzere Schulwege als auch ein attraktiverer Bahn- und Busverkehr erreicht werden. Gegebenenfalls müssen Zeiten des Schulbeginns an das Taktgefüge des ÖPNV angepasst werden.

Die Universität Greifswald als größte und bedeutendste Trägerin der wissenschaftlichen Bildung trägt entscheidend zur Entwicklung und Stabilisierung unserer Region bei. Für den Kreis muss die Universität daher erste Ansprechpartnerin in wissenschaftlichen Belangen sein. Eine enge Kooperation seitens Kreis und Gemeinden kann auch zur weiteren Attraktivität der Universität beitragen. Die an der Universität versammelte fachliche Kompetenz soll durch den Kreis gezielt zur Beratung und Konzeptentwicklung genutzt werden, auch im Rahmen studentischer Arbeiten, um so eine verstärkte Identifikation der Universität mit der Region zu fördern.

## **Regionale Entwicklung: Mehr Demokratie ist machbar**

Wir wollen einen Landkreis, der die Entwicklung unserer Region zu einer lebendigen, demokratischen und toleranten Gesellschaft unterstützt. Das Potential dafür ist bei uns ebenso vorhanden wie viele Initiativen, die hier bereits gute Arbeit leisten. Das darf nicht ausgebremst werden, sondern ist weiter zu fördern.

Um eine bürger\_innennahe Verwaltung zu gewährleisten, ist besonders im ländlichen Raum ein Festhalten an überkommenen Mustern nicht hilfreich. Wir wollen ländliche Zentren stärken, etwa durch Initiativen zur Schaffung von Bürger\_innenzentren, die mehrere Funktionen der Grundversorgung in sich vereinen und Anlaufpunkte und Kommunikationsorte für die Bürger\_innen entstehen lassen. Die Verwaltung muss ihrerseits flexibler werden. Dazu gehören Modelle einer „rollenden Verwaltung“, eine stärkere Verknüpfung mit anderen Einrichtungen und Öffnungszeiten, die sich an der Lebensrealität orientieren. Der Behördenkontakt via Internet muss vereinfacht und ausgebaut werden. Neben umfassender, übersichtlicher und vor allem aktueller Information ist dazu auch die Schaffung einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur notwendig.

Alle Verfahren zu Fragen, die in der Verantwortung des Kreises liegen, müssen ein Höchstmaß an Transparenz aufweisen. Insbesondere in Planungsabläufen und Genehmigungsverfahren wollen wir durch eine frühzeitige und durchgängige Beteiligung Bürger\_innenferne und Politikverdrossenheit entgegenwirken. Verfahren müssen vor einer endgültigen Entscheidung ergebnisoffen gehalten werden und echte Diskussionen über Varianten und Alternativen stets möglich sein. In der Ansiedlungspolitik darf es generell keine „blinde“ Entwicklung von Standorten geben. Vielmehr müssen alle Folgen und Nebenwirkungen von Anfang an berücksichtigt werden.

Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Stettin und mit Swinemünde ausbauen und intensivieren. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit im Ostseeraum, insbesondere mit Schweden und Dänemark. Auch hier müssen die Bürger\_innen beteiligt werden, um das Zusammenwachsen in Europa selbst gestalten zu können. Wenn mehr Menschen in unserer Region die polnische Sprache lernen, kann das sowohl die kulturelle Verständigung erleichtern als auch einen Wettbewerbsvorteil darstellen. Polnischunterricht soll daher an mehr Bildungseinrichtungen im Kreis angeboten werden. Um Vorhaben des Kreises künftig besser an den gegebenen Fördermöglichkeiten ausrichten zu können, setzen wir uns für die Einrichtung einer Stabsstelle für EU-Förderung im Landkreis ein.

## Was der Mensch so braucht

Bündnisgrüne Politik möchte allen ermöglichen, selbst an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Unsere Sozialpolitik folgt dem Grundsatz, dass es neben einer gerechteren Verteilung gesellschaftlichen Reichtums einen gerechten Zugang zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für alle geben muss. Es darf keine Zugangshürden finanzieller oder sonstiger Art geben. Wir beschränken unsere Sicht auf das gesellschaftliche Leben nicht nur auf Aspekte der unmittelbaren und materiellen Daseinsvorsorge. Auch Kultur oder Sport sind für uns keine nachrangigen Bereiche. Wir wollen stattdessen den Begriff der „soziokulturellen Existenz“ des Menschen mit Leben füllen.

Unterstützung für soziale Einrichtungen in unserer Region wird vielfach als „Freiwillige Leistung“ geführt, obwohl sie unverzichtbare Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt erbringen. Die in Mecklenburg-Vorpommern derzeit übliche Praxis, auf Kosten der Kommunen zu sparen, wirkt sich hier besonders negativ aus und wird von uns Bündnisgrünen daher auf allen Ebenen abgelehnt. Wir wollen für die Träger der Sozialarbeit Planungssicherheit schaffen. Dem Kreis kommt auch die Aufgabe zu, Leistungen und Einrichtungen so zu gestalten, dass sie in den Regionen und bei den Personengruppen ankommen, die sie am meisten benötigen. Das setzt umfassende Information und Transparenz voraus.

Im neuen Kreis wird es künftig unterschiedliche Modelle der Trägerschaft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende geben. Wir Bündnisgrünen werden uns für die Ausweitung des Optionsmodells mit alleiniger Trägerschaft des Kreises auf den gesamten neuen Kreis einsetzen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist für uns in erster Linie dazu da, den betroffenen Menschen das soziokulturelle Existenzminimum zu gewährleisten. Diese Aufgabe sehen wir bei alleiniger Trägerschaft des Kreises mit seiner Verwaltung, die mit den örtlichen Bedingungen vertraut ist, eher gesichert. Auch die Kontrolle durch den Kreistag ist so wesentlich besser zu gestalten. Die zentralistischen Vorgaben, denen die Bundesagentur für Arbeit unterliegt, werden der Lebenswirklichkeit der Menschen in unserer Region hingegen nicht gerecht und lassen eine gezielte Politik vor Ort nicht zu, wie die Erfahrungen mit den Jobcentern in Greifswald und Uecker-Randow zeigen.

Um die Gesundheitsversorgung besonders im ländlichen Raum zu sichern und qualitativ zu verbessern, wollen wir neue Formen der Versorgung unterstützen, die den ambulanten und stationären Sektor miteinander verknüpfen und nichtärztliche Gesundheitsberufe stärker einbeziehen. Dies trägt auch zur Stärkung der Zentren im ländlichen Raum bei. Anreizmodellen, die die Ansiedlung von Hausärzt\_innen unterstützen, stehen wir positiv gegenüber. Eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung hat für uns ebenso hohe Priorität, weitere Privatisierungen lehnen wir ab. Zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung gehören für uns jedoch genauso auch entsprechende Anstrengungen, qualifiziertes Personal insbesondere für den Pflegebereich zu gewinnen, sowie umfassende Angebote für eine verbesserte Prävention.

Ein flächendeckendes und vielfältiges Kulturangebot ist Bestandteil der Daseinsvorsorge. Der Kreis muss die Bürger\_innen, die in Kulturinstitutionen, Vereinen und Initiativen Verantwortung für das kulturelle Leben vor Ort übernehmen, unterstützen. Dazu muss eine auskömmliche Finanzierung Planungssicherheit herstellen. Wir wollen eine transparente und bürger\_innenfreundliche Mittelvergabe für kulturelle Aktivitäten. Eine Region der Größe Vorpommerns ist nur mit einer vollwertigen Theaterlandschaft denkbar. Eine Zusammenarbeit der einzelnen Theaterstandorte in unserer Region ist besonders bei der Verwaltung wünschenswert, sie darf aber nicht zu unzumutbaren Bedingungen für Künstler\_innen und Zuschauer\_innen führen. Deswegen dürfen überlange Wege zu kulturellen Veranstaltungen nicht zur Regel werden.

Ein flächendeckendes Netz von Angeboten der freien Jugendarbeit, die zu Demokratie und Weltoffenheit beitragen, und eine gut ausgebaute Jugendhilfe sind zur Festigung der Zivilgesellschaft notwendig. Eine Förderung von Kommunikationsorten, Projekten und Initiativen, die sich im Sinne dieser Ziele engagieren, ist für uns daher unverzichtbar.

Die Sportförderung im Kreis wollen wir an den Kriterien der Jugendförderung und interkulturellen Verständigung ausrichten, um so auch entsprechende Programme der EU nutzen zu können. Unterstützung bei der Überwindung privatwirtschaftlicher Engpässe (Versicherungsfragen) kann zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements beitragen.

Ehrenamtliche Tätigkeit wollen wir durch eine vermehrte Anerkennung von Fahrkosten und Aufwand stärken.

Alle Förderung gesellschaftlichen Engagements muss zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen beitragen. Unverzichtbare Bedingung für öffentliche Förderung muss daher stets die Beachtung und Unterstützung grundlegender menschlicher Werte wie Fairness und Toleranz sein. Daher treten wir in allen gesellschaftlichen Bereichen jeglichem Rassismus, Sexismus und allen anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen.

## **Energiewende vor Ort umsetzen**

Zu den langfristig wichtigsten Aufgaben gehört die Umstellung unserer Energieerzeugung und -versorgung in einer Weise, die den nachfolgenden Generationen keine unlösbaren Probleme hinterlässt. Zur Förderung und Beschleunigung der Energiewende können wir mit bündnisgrüner Politik auch auf regionaler Ebene viel beitragen.

Mit dem Beschluss, die Nutzung der Atomkraft in Deutschland bis 2022 zu beenden, konnte zwar ein großer Erfolg langfristig angelegter bündnisgrüner Politik erzielt werden, doch der Kampf gegen die Folgen der Atomenergie und ihrer Hinterlassenschaften ist damit noch lange nicht beendet. Wir wenden uns daher insbesondere gegen die Ausweitung des Zwischenlagers Nord bei Lubmin zu einem bundesweit genutzten Dauerlager für Atommüll. Alle Entscheidungen, die den Standort Lubmin betreffen, müssen daran gemessen werden, dass sie eine Ausweitung des ZLN nicht begünstigen. Darüberhinaus unterstützen wir den engagierten Protest gegen die Atommülllagerung in unserer Region.

Eine Wende hin zu regenerativen Energien ist zudem nicht möglich, wenn weiterhin fossile Energieerzeugung gefördert wird. Nachdem die Pläne für ein Steinkohlekraftwerk am Standort Lubmin dank des engagierten Protests der Bevölkerung gestoppt wurden, werden wir weiterhin darauf achten, dass in unserer Region fossile Großkraftwerke keine Chance haben.

Wir wollen die Energiewende auf regionaler Ebene umsetzen. Dazu gehört die Förderung dezentraler Energieerzeugung und die Schaffung der raumordnerischen Voraussetzungen. Durch Bürger\_innenwindparks und Bürger\_innensolarparks wollen wir die Trägerschaft der Energieerzeugung den Bürger\_innen übertragen. So können die guten Bedingungen, die in unserer Region für die Gewinnung von Energie aus regenerativen Quellen gegeben sind, für die regionale Wertschöpfung genutzt werden und ein regionales Markenzeichen geschaffen werden. Der Standort Lubmin mit seinem bereits vorhandenen Leitungsnetz kann hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Bei Neubau und Modernisierung von Schulen und anderen kommunalen Gebäuden soll der Kreis durch Verbesserung von Energieeffizienz und die grundsätzliche Erzeugung und Nutzung von regenerativer Energie und Solaranlagen eine Vorbildfunktion wahrnehmen.

Für uns Bündnisgrüne ist die Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS-Technologie) eine energiepolitische und hochriskante Sackgasse, deren Zweck aus unserer Sicht darin liegt, die bestehenden und geplanten Kohlekraftwerke zu legitimieren. Für die in unserer Region als mögliche Standorte angeführten Stätten, etwa bei Jatznick und Löcknitz, lehnen wir daher entsprechende Planungen und Initiativen klar ab.

## **Nachhaltige Landwirtschaft für ein gesundes Leben**

Die Landwirtschaft ist in unserer Region weiterhin ein wesentlicher landschaftsprägender Faktor und Wirtschaftszweig. Nur eine naturnahe Landnutzung, die ökologische Voraussetzungen beachtet, ist dabei in der Lage sicherzustellen, dass auch nachfolgenden Generationen diese Nutzung möglich sein wird.

Wir wollen eine vielfältige, naturnahe und auch kleinteilige Landwirtschaft fördern. Der Kreis kann dabei Gemeinden unterstützen, die etwa durch zielgerichtete Ausgestaltung von Flächennutzungsplänen oder eine entsprechende Praxis bei der Bodenvergabe die Biolandwirtschaft aktiv fördern wollen. Auch die Zurückdrängung von Agrarwüsten, deren negative Folgen in Form von Erosion, Staubeentwicklung und Rückgang der Artenvielfalt immer deutlicher sichtbar werden, ist durch entsprechende raumordnerische Vorgaben anzustreben.

Wir lehnen alle Formen industrieller Tierhaltung ab. Dies betrifft in unserer Region insbesondere die Vorhaben in Alt Tellin (Schweinemast) und Ludwigsburg (Geflügel). Potentielle Investor\_innen dürfen durch Einrichtungen des Kreises nicht aktiv unterstützt werden. Stattdessen müssen in Genehmigungsverfahren die Belange des Tierschutzes, des Naturschutzes und des Immissionsschutzes unbedingten Vorrang haben.

Wir wenden uns als einzige Partei konsequent gegen den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft. Sie ist in der offenen Natur eine nicht regulierbare, nicht rückholbare Risikotechnologie mit unkalkulierbaren und unwiderruflichen Folgen für das gesamte Ökosystem, einschließlich des Menschen. Nach dem Vorbild der Stadt Greifswald wollen wir daher erreichen, dass das gesamte südliche Vorpommern als gentechnikfreie Zone ausgewiesen wird.

Um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und zu etablieren, ist es notwendig, dass neben der Erzeugung auch die Verarbeitung und Veredelung landwirtschaftlicher Produkte in unserer Region stattfindet. Wir wollen daher die gezielte Ansiedlung verarbeitender Betriebe unterstützen.

Wir wollen in bewusst naturnahen und strukturell stabilen Wäldern eine biologische, nachhaltige Produktion von unbelasteten Rohstoffen verwirklichen. Dazu ist es nötig, natürliche Entwicklungspasen zuzulassen, um so ein dauerhaftes Waldgefüge zu schaffen, in dem häufige kostenintensive Eingriffe minimiert werden. Absoluten Vorrang haben die natürlichen Ansammlungen der heimischen Baumarten. Zum Erhalt von Alterungs- und Zerfallsstrukturen ist auf die Totalnutzung zu verzichten. Art und Ausmaß der Nutzung müssen sich am natürlichen Ertragsniveau der Wälder orientieren.

Wir setzen uns für den Erhalt der traditionellen, bestandserhaltenden Küstenfischerei ein. Dazu müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, um diese gegenüber Großfangbetrieben zu stärken. Unterstützen kann der Kreis dabei die regionale Vermarktung sowie die Erleichterung von Betriebsnachfolgen.

## **Für einen Tourismus im Einklang mit der Natur**

Der Tourismus als einer der wichtigsten Faktoren für Regionalentwicklung und Wirtschaft stößt in Vorpommern vielfach an seine Grenzen. Um die Attraktivität der Tourismusregion zu sichern, wollen wir einen sanften Tourismus stärken, der die Belange des Naturschutzes achtet und das Bedürfnis der Urlaubenden nach Ruhe und Erholung nicht durch negative Begleiterscheinungen beeinträchtigt.

In den küstennahen Regionen, vor allem auf der Insel Usedom, sind Kapazitätsgrenzen des Tourismus vielfach bereits erreicht. Hier muss sichergestellt werden, dass wichtige Natur- und Erholungsräume nicht zerstört werden. Auch müssen die Erholungsräume weiterhin allen zugänglich sein, eine weitreichende Privatisierung von Küsten- und Gewässerabschnitten muss daher verhindert werden.

Damit größere Teile der Region vom Tourismus profitieren können, ist eine stärkere Erschließung des Hinterlandes anzustreben. Regionen wie die Brohmer Berge, das Peenetal oder der Raum Löcknitz-Penkun bieten hierfür Potential. Weiterhin ist ein stärkeres Augenmerk auf Formen des Tourismus zu legen, die für eine solche Entwicklung geeignet sind. Eine Verknüpfung von Tourismus und naturnaher Landwirtschaft soll daher in Entwicklungs- und Marketingkonzepten stärker berücksichtigt werden. Auch der Fahrradtourismus muss sich nicht auf den unmittelbaren Küstenraum beschränken. Wir wollen daher ein durchgängiges Netz attraktiver Routen für den touristischen Radverkehr samt entsprechender Versorgungsinfrastruktur (Radstationen, Übernachtungsmöglichkeiten) schaffen.

Eine besondere Belastung entsteht in unserer Region durch saisonal starken Kfz-Verkehr in den touristischen Regionen. Ein weiterer Ausbau von Straßen wird die Probleme nicht lösen, da diese weiteren Verkehr erst anziehen, die Nadelöhre sich nur an andere Punkte verlagern. Auch die räumlichen Voraussetzungen für Neubauten sind vielfach nicht gegeben. Wir wollen erreichen, dass Urlauber\_innen auch ohne eigenes Auto bei uns mobil sein können. Dafür muss es ein attraktives Angebot geben, das alle Verkehrsträger des Umweltverbundes lückenlos miteinander verknüpft. Im touristischen Bereich gehört dazu neben Bahn, Bus, Fahrrad und Fußgängerverkehr auch der wassergebundene Verkehr mit Schiff und Kanu.



## **Mobilität in der Region für alle**

Mit grüner Mobilität wollen wir die Fortbewegung vor Ort, in der Region und darüber hinaus für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen und zugleich dafür Sorge tragen, dass auch der Verkehrssektor seinen notwendigen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Deswegen wollen wir das Hauptaugenmerk auf eine Stärkung des Umweltverbundes aus Fuß, Fahrrad, Bahn, Bus und Schiff legen.

Im Öffentlichen Verkehr wollen wir durch die Schaffung eines mindestens kreisweiten, besser jedoch landesweiten Verkehrsverbundes ein Angebot „aus einem Guss“ schaffen. Grundlage ist der Bahnverkehr. Hier setzen wir uns für ein Grundangebot mindestens stündlich verkehrender Verbindungen und damit südlich von Züssow für Verbesserungen gegenüber dem derzeitigen Angebot ein. Zur besseren Anbindung des Südtails von Usedom ist eine Wiederherstellung der Bahnverbindung Ducherow–Swinemünde über die Karniner Brücke notwendig. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Infrastruktur sind wünschenswert und anzustreben, wenn sie dem Ziel einer attraktiveren Fahrplangestaltung dienen können.

Zur Erschließung der nicht durch die Bahn angebotenen Orte wollen wir einen Busverkehr mit schnellen Hauptlinien entlang gut ausgebauter Straßen und Entwicklungsachsen etablieren, dessen Fahrzeiten sich an denen der Bahn orientieren sollen, so dass ein Integraler Taktfahrplan ein Netz mit attraktiven Verbindungen in der Fläche schafft. Das Angebot muss dabei sämtliche Verkehrszwecke berücksichtigen und insbesondere auch in den Abendstunden Verbindungen bereithalten. Eine Verknüpfung mit kulturellen Angeboten kann zur Annahme dieser Angebote beitragen.

Ergänzend zum Grundangebot wollen wir durch sinnvolle Zubringerlinien, Anrufverkehre, Bürger\_innenbusse und Carsharing schrittweise einen Weg zu einer flächendeckenden Mobilität mit freier Wahl des Verkehrsmittels einschlagen.

In der gesamten Region soll ein zusammenhängendes Radwegenetz entwickelt werden. Bestehende touristische Routen und straßenbegleitende Radwege sollen mit wenig befahrenen Nebenstraßen und regelmäßig unterhaltenen Feld- und Waldwegen verknüpft werden. Durch gezielte Maßnahmen an bestehenden Lücken und eine einheitliche Beschilderung kann so eine Fortbewegung mit dem Rad auch über mittlere Entfernungen zu einer ernsthaften Alternative werden. Die Verknüpfung mit Bus und Bahn wollen wir verbessern, etwa durch Bike&Ride-Stationen und die Möglichkeit der Fahrradmitnahme auf wichtigen Busverbindungen.

Im Straßenbau hat für uns Erhalt Vorrang vor Neubau. Der Gesamtumfang des Straßennetzes in Trägerschaft des Kreises darf bei gleichbleibender Bevölkerung nicht mehr zunehmen, da anderenfalls sein Unterhalt nicht gewährleistet werden kann. Einrichtungen des besonders klimaschädlichen Flugverkehrs dürfen nicht mehr direkt oder indirekt aus Mitteln des Kreises unterstützt werden.